



15. Newsletter Grüne Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik für Bremen, 22.12.2009

Liebe AbonnentInnen,

mit diesem Newsletter verabschieden wir uns in eine kleine Winterpause, wünschen allen Abonentinnen und Abonnenten schöne und entspannte Feiertage und freuen uns darauf, im neuen Jahr wieder über Umwelt-, Bau- und Verkehrsthemen zu berichten.

Karin Krusche, Maike Schaefer, Karin Mathes & René Zimmermann

Aktuelles

1. *Umweltzone – rot raus, gelb und grün rein!* Etliche Städte haben bereits Umweltzonen, etliche Städte planen ihre Einführung. Und in Bremen wollen die Bürgerchaftsfraktionen von CDU und FDP die Umweltzone wieder abschaffen. Maike Schaefer nahm den entsprechenden Oppositionsantrag letzte Woche in der Stadtbürgerschaft auseinander: „Während also andere Städte dabei sind, Umweltzonen auszuweisen, wollen Sie von der CDU und FDP hier die Umweltzone wieder abschaffen und verstricken sich schon im Antrag in Widersprüche: Auf der einen Seite schreiben Sie, dass ein großer Teil der Forscher andere Faktoren als den Verkehr für die Konzentration von Luftschadstoffen für ausschlaggebender halten, auf der anderen Seite bemängeln Sie, die Umweltzone würde zu Ausweichverkehren führen, die die Feinstaubkonzentrationen dort erhöhen würden. Entweder ist der Verkehr gar nicht dran schuld, dann wären auch die Ausweichverkehre egal, oder er trägt zu Feinstaubkonzentrationen bei, dann sind die Umweltzonen gerechtfertigt.“

In Erwartung der Ablehnung forderten CDU und FDP quasi als Ausfalloption stattdessen umfangreiche Datenerhebungen. Dazu Schaefer: „Sie fordern, dass Sie Aussagen über die bisherigen Auswirkungen der Umweltzone haben möchten, hier kann ich mich anschließen: Datenlagen sind immer gut zu haben. Nur, meine Damen und Herren, was sollen diese Daten zu diesem Zeitpunkt aussagen? Wie soll die Interpretation aussehen? Entweder sind die Konzentrationen in der Umweltzone maßgeblich gesunken, dann spricht dies absolut dafür, dass Umweltzonen effektive Maßnahmen sind. Oder die Konzentrationen sind nicht gesunken, dann kann man nur festhalten: Ja wie sollten sie auch, denn bisher durften ja noch alle Autos mit roter Plakette in die Umweltzone fahren und nur ein wirklich verschwindend kleiner Anteil an Autos ohne Plakette musste draußen bleiben. Wo sollten denn dann bisher auch deutliche

Reduzierungen herkommen: Die wirkliche Effektivität kann die Umweltzone erst entfalten, wenn nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette in die U-Zone gelassen werden oder z. B. dann auch die BSAG-Flotte modernisiert wurde.“

Und sie schloss ihren Beitrag: „Ich habe bisher noch keine Alternative zu der Umweltzone gehört, außer City-Maut, wie in London und Oslo schon längst gang und gäbe, aber den Aufschrei von Ihnen und der Handelskammer dazu kann ich mir auch schon vorstellen. Wir wollen eine effektive Umweltzone, daher muss der nächste Schritt umgesetzt werden, nämlich die roten Plaketten aus der Umweltzone ausschließen und nur noch die gelben und grünen Plaketten reinlassen.“

2. Verkehrskonzept Bremer Nordosten stärkt Lebensqualität! Die Verkehrsdeputation hat vorletzte Woche das Verkehrskonzept Bremer Nordosten beschlossen. Dazu Maïke Schaefer: „Mit dem Konzept schaffen wir mehr Barrierefreiheit und Lärmschutz. Kraftfahrer können die etwa drei Minuten längere Fahrzeit sicherlich verkraften, wenn dadurch die Gesundheit der Anlieger besser geschützt wird.“ Das Verkehrskonzept Bremer Nordosten sieht u.a. weitere Fußgängerampeln, barrierefreie Umgestaltung von Bushaltestellen und Geschwindigkeitsbegrenzungen vor. Zur ausführlichen Pressemitteilung geht es hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/317/317750.verkehrskonzept_fuer_nordosten_staerkt_l.html

3. Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 vom Senat beschlossen! Bremen will bis 2020 seinen CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent verringern. Das ist die Kernbotschaft des aktuell vom Senat beschlossenen Klima- und Energieprogramms 2020. Dazu Umweltsenator Reinhard Loske: „Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, sind Anstrengungen bei den politischen Rahmenbedingungen, den Unternehmen aber auch von jedem Einzelnen notwendig“. Das Programm sieht eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Strom- und Wärmeversorgung, aber auch bei der Gebäudesanierung und dem Verkehr vor. „Zentraler Punkt unserer Klimaschutzstrategie ist die effizientere Nutzung von Energie. Wir verschwenden immer noch viel zu viel Strom und Wärme“, so Loske. Weitere Eckpfeiler des Programms sind die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung, der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und des Fernwärmenetzes, energetische Gebäudesanierung und strenge Kriterien beim Neubau sowie die Förderung des Radverkehrs und der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Zur vollständigen Presseerklärung des Senats:

[http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/list.php?page=10_pmtext_p&sv\[jpm_id\]=131890](http://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/list.php?page=10_pmtext_p&sv[jpm_id]=131890)

Das „Klimaschutz- und Energieprogramm 2020“ mit einer Darstellung der Ergebnisse der Szenarien und der vorgesehenen Maßnahmen finden sich unter:

http://www2.bremen.de/info/presse/091215_klimaschutz_und_Energieprogramm2020.PDF

4. Blocklanddeponie auf dem Weg in die Zukunft! Ortstermin auf der Blocklanddeponie: Karin Mathes und Jörg Harms, Grünes Mitglied des Beirats Walle, informierten sich bei Klas Röhrs, Betriebsleiter der Bremer Entsorgungsbetriebe, und dem Deponieleiter Christian Vater über die Deponie im Bremer Westen. Zentrale Themen waren der Schutz der Umwelt, eine alternative zusätzliche Nutzung des Geländes zur Energieerzeugung und die Optimierung des Leistungsangebots. Der Bericht des Ortstermins unter:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/317/317607.blocklanddeponie_auf_dem_weg_in_die_zukun.html

Bürgerschaft, Deputationen und Senat

1. *Eine Stadt – ein Tarif!* In einem einstimmig beschlossenen Antrag forderten SPD und Grüne in der letzten Bürgerschaft, ab 2011 für den öffentlichen Personennahverkehr zwischen Bremen und Bremen-Nord die Möglichkeiten zu prüfen, im Verkehrsverbund Bremen-Niedersachsen (VBN) ein einheitliches Tarifgebiet zu schaffen. In den folgenden Haushaltsbeschlüssen sollen für einen ersten Schritt 300.000 Euro bereitgestellt werden. Maike Schaefer: „Es gibt in Bremen-Nord schon seit langer Zeit über mehrere Parteien hinweg die Forderung, den VBN-Tarif für ganz Bremen gleich hoch zu gestalten. Während die BSAG in ganz Bremen den gleichen Tarif hat, gibt es bei der Bahn zwei Tarifzonen, nämlich Bremen-Stadt und Bremen-Nord.“

Bereits vor über einem Jahr hatte die Verwaltung berechnet, was unterschiedliche Anpassungsschritte den Bremer Haushalt kosten würden: Dazu Schaefer: „Die bittere Erkenntnis ist leider, dass sich Bremen in der Haushaltsnotlage nicht leisten kann zwischen 1,8 und 3 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr aufzuwenden.“

Die einzige Möglichkeit, um für alle Fahrgäste den gleichen Tarif haushaltsneutral zu erheben, sei, den Fahrpreis für die Innenstädter solidarisch den Bremer-Nordern anzupassen: „Daher warne ich auch jetzt vor zu viel Euphorie. Auch wenn wir noch so sehr den gleichen Tarif für alle umsetzen möchten, wird uns dies nicht mal eben so gelingen können“, zeichnete Maike Schaefer realistisch die Lage. „Aber wir wollen dennoch, dass geprüft wird, ob es nicht in Schritten gelingen kann, eine gerechtere Balance zu schaffen. Wir sollten die Chance nutzen, im Rahmen der Verhandlungen zur Regio-S-Bahn-Einführung die schrittweise Angleichung hin zu einem einheitlichen Tarifsystem zu überprüfen.“

2. *Stahlwerke müssen ihre Zusagen einhalten!* ArcelorMittal hat inzwischen konkrete Termine für Maßnahmen benannt, mit denen die Staubfreisetzung der Stahlwerke verringert werden soll. Außerdem werden nach einer Staubwolke künftig Proben immer auch durch einen unabhängigen, externen Sachverständigen untersucht. Das geht aus einem Verwaltungsbericht für die Umweltdeputation hervor. Kommentar von Karin Mathes: „Wir erwarten, dass die angekündigten Verbesserungen zügig umgesetzt werden. Die Wirtschaftskrise darf nicht als Ausrede für weitere Verzögerungen herhalten. Schließlich hat die Betreibergesellschaft ArcelorMittal bereits vor Jahren geringere Emissionen der Stahlwerke angekündigt. Jetzt müssen Taten folgen. Die Anwohner müssen vor Staubwolken und Abgasen geschützt werden. Die deutliche Verringerung von Staub liegt auch im eigenen Interesse von ArcelorMittal.“ Um Abhilfe zu schaffen, will die Betreibergesellschaft u.a. im LD-Stahlwerk eine neue Absaug- und Filteranlage einbauen und die Haube am Stichloch des Hochofens 2 umbauen. Ferner ist die Konvertgasnutzung vorgesehen. Alle Maßnahmen sollen bis 2011 abgeschlossen sein. Die Wortgleiche Pressemitteilung findet sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/318/318863.stahlwerke_muessen_ihre_zusagen_einhalte.html

3. *Freiwilliges Ökologisches Jahr wird fortgesetzt!* Dafür hat kürzlich die Umweltdeputation mit einer Richtlinie einstimmig den Weg frei gemacht. Neu ist, dass das Engagement im Klimaschutz als Einsatzbereich junger Menschen im Rahmen des FÖJ explizit aufgenommen wurde. Dazu erklärt Karin Mathes: „Junge Menschen wollen sich ein Jahr lang für den Umweltschutz engagieren, obwohl es dafür nur ein geringes Taschengeld gibt. Das unterstützen wir gerne. Die Jugendlichen lernen dabei ökologische und umweltpolitische Zusammenhänge besser verstehen. Das Freiwillige Ökologische Jahr kann auch für ihre persönliche Entwicklung eine Bereicherung

sein. Die Vereine, Verbände und Organisationen können die Verstärkung durch freiwillige Helferinnen und Helfer gut gebrauchen." Zur Pressemitteilung:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/318/318823.freiwilliges_oekologisches_jahr_wird_for.html

Nähere Informationen zum FÖJ in Bremen finden sich unter:

<http://www.foej-bremen.de/>

4. *Boxzentrum soll benachteiligte Kinder von der Straße holen!* Die Baudeputation hat rund 300.000 Euro für ein Boxzentrum in Huchting bewilligt, in dem unter der Federführung des Landessportbundes künftig Sozialarbeit mit benachteiligten Jugendlichen stattfindet. „Mit dem Angebot holen wir Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien von der Straße, um ihnen Rückhalt zu geben. Das Boxangebot leistet einen wichtigen Beitrag, damit die jungen Menschen einen fairen und respektvollen Umgang mit anderen lernen. Außerdem wird den Kindern und Jugendlichen klar, dass sie mit Disziplin mehr erreichen. Wichtig war uns, dass die Jugendlichen auch pädagogisch begleitet werden“, erläutert Karin Krusche den Beschluss. Zur Pressemitteilung:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/317/317746.boxzentrum_soll_benachteiligte_kinder_vo.html

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin

Karin.Mathes@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-245)



Maike Schaefer, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin

maike.schaefer@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-246)



Karin Krusche, bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecherin

karin.krusche@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-253)



René Zimmermann, Referent für Umwelt, Energie, Verbraucherschutz, Bau, Stadtentwicklung und Verkehr

rene.zimmermann@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung übernommen!

www.gruene-fraktion-bremen.de